



# Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 7+8/2025

Herzlichen  
Glückwunsch:  
80 Jahre CDU  
Deutschlands!  
Christian Meißner > 12

Verständigung als  
Friedensstrategie:  
Religiöser Dialog  
im Irak?  
David Müller > 13

Der EAK auf  
dem 39. DEKT  
in Hannover > 16

*35 Jahre Wiedervereinigung:  
Wo stehen wir im innerdeutschen  
Einheitsprozess?*

Marko Martin und Dr. Joachim Klose > 3



Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin im Gespräch mit Außenminister Johann Wadepuhl MdB und dem Beauftragten der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit Thomas Rachel MdB

## Liebe Leserin, lieber Leser,

**die Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist weltweit unter Druck.** Es ist mir darum eine große Ehre, dass das Bundeskabinett am 28. Mai entschieden hat, mich zum **neuen Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit** zu ernennen.

In Deutschland, Europa und weiten Teilen unserer wohlhabenden westlichen Welt scheint der Genuss dieses so elementaren individuellen Freiheits- und Grundrechtes mittlerweile leider schon fast zur unreflektierten Selbstverständlichkeit geworden zu sein. **Das Bewusstsein schwindet, wie hart die universalen Menschenrechte auch in unseren Breiten über Jahrhunderte hinweg erst errungen werden mussten und wie es darum stattdessen in den überwiegenden Teilen der Welt leider oft bestellt ist.** Hinzu kommt auch, dass die freiheitlichen **Demokratien des Westens** – spätestens seit der Zeit der Aufklärung – großen und anhaltenden Säkularisierungsprozessen ausgesetzt worden sind. Ein säkulares Selbstverständnis dominiert im Lebensgefühl der westlichen Länder. Die grundsätzliche **Trennung von Staat und Religion** ist längst akzeptierter Regelfall. Auch bei uns in Deutschland mit zunehmender **Individualisierung, massiv schwindender Kirchenmitgliedschaft sowie dem stetigen Rückgang traditionell religiöser Bindungen** sollten wir uns vor Augen führen, dass es weltweit einen geradezu diametral gegenläufigen Trend zur Tendenz der Verdrängung von Religion ins rein Private und damit zur wachsenden Marginalisierung des prägenden Einflusses von Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bereich von Gesellschaft, Kultur und Politik gibt.

**Drei Viertel aller Menschen leben in einem Land, das ihre Religions- und Weltanschauungsfreiheit einschränkt. Und für vier von fünf Menschen weltweit hat Religion in ihrem Leben einen hohen Stellenwert.** Glaube und Religion sind für sie sinnstiftend und bieten ihnen Orientierung für das eigene Handeln. Christinnen und Christen, Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden und Angehörige vieler anderer Religionen und Weltanschauungen sind weltweit von der Verletzung der Religionsfreiheit betroffen. Sie werden Opfer von Verfolgung und Diskriminierung allein aufgrund ihres Glaubens, während andere diskriminiert und bedroht werden, weil sie keiner Religion

angehören. In meinem neuen Amt werde ich mich dafür einsetzen, diesen Menschen eine Stimme zu geben und für ihre Rechte einzustehen. Ich werde außerdem entschieden gegen radikale Strömungen eintreten, die Religion gezielt als Vorwand für Spaltung und Hass in der Gesellschaft missbrauchen.

**Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist tiefgreifend mit anderen fundamentalen Rechten wie der Gewissensfreiheit, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit oder der Pressefreiheit verknüpft.** Ohne das zentrale Menschenrecht der Religions- und Weltanschauungsfreiheit bleiben auch die anderen Menschenrechte unvollständig. **Die Verlagerung der Zuständigkeit des Beauftragten für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ins Auswärtige Amt ist sinnvoll.** Die Bundesregierung unter **Bundeskanzler Friedrich Merz** stärkt dadurch auch das Engagement für weltweite Religionsfreiheit.

Meine erste Reise als neuer Beauftragter führte mich in Begleitung des **Bundesaußenministers, Johann Wadepuhl**, zu **Gesprächen in den Vatikan**. Mit dem Regierungschef des Vatikans, **Kardinalstaatssekretär, Pietro Parolin**, und dem vatikanischen Außenminister **Erzbischof Paul Gallagher**, erörterten wir die aktuellen weltpolitischen Konfliktherde, wie den Krieg gegen die Ukraine, die Geiselnahmen der Hamas sowie die bedrohliche humanitäre Lage im Gaza.

Im Austausch mit Regierungen und Religionsgemeinschaften werde ich mich in diesem neuen Amt für eine Stärkung der Freiheit des einzelnen Menschen einsetzen, seine Religion oder seine Weltanschauung sichtbar zu bekennen, zu wechseln oder keiner Religion anzugehören. Dazu waren die Gespräche im Vatikan der Auftakt.

**Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern unseres Magazins eine schöne und erholsame Sommerzeit! Gottes Segen!**

Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



# *35 Jahre Wiedervereinigung: Wo stehen wir im innerdeutschen Einheitsprozess?*

Ein Gespräch mit dem Schriftsteller Marko Martin und Dr. Joachim Klose über gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Zukunft unserer freiheitlichen Demokratie sowie Aufgaben und Chancen des geplanten Zukunftszentrums für „Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ in Halle

**Klose:** Lieber Herr Martin, wie auch ich selbst sind Sie in der DDR aufgewachsen. Was war für Sie eigentlich das Prägendste dieser DDR-Gesellschaft? Und braucht man nicht auch heute – unter gewiss völlig anderen politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen und Rahmenbedingungen in einer freiheitlichen Demokratie – wieder einigen Mut, öffentlich seine Meinung zu sagen?

**Martin:** Es kann gewiss auch in der freiheitlichen Demokratie bisweilen eine mutige Entscheidung sein, innerhalb gewisser Strukturen oder Milieus eine andere Meinung zu vertreten. Da kann es für einen persönlich auch so manche Restriktionen und Sanktionen geben. Aber der große Unterschied ist eben, dass wir heute zum Glück in keiner totalitären Gesellschaft mehr leben. Wenn mir andere Meinungen, Menschen oder Milieus nicht passen, habe ich in der Demokratie immer die Freiheit, woanders hinzugehen.

**Klose:** Was hat Sie damals in der DDR ermutigt, das Ganze aufrecht zu durchleben? Was hat Sie geprägt in dieser Zeit?

**Martin:** Die Geschichte meines Vaters, der anderthalb Jahre als Kriegsdienstverweigerer im Gefängnis gesessen hat. Und die Geschichte meiner Großeltern, die „Anarcho-Syndikalisten“ waren. Das heißt, ich bin aufgewachsen mit einer antinazistischen und gleichzeitig antikommunistischen Familienerfahrung. Und das gab mir Kraft. Hinzu kam noch die christliche Motivation – man hat vor diesen weltlichen Herrschern, die da in ihren Amtszimmern herumtobten, keine innere Furcht haben müssen. Man war im Inneren bei sich und dachte nicht eine Sekunde daran, dass die da oben vielleicht doch recht haben könnten. Angst war bisweilen trotzdem mit dabei, weil man ja nicht wissen konnte, was die da mit einem so alles machen können. Aber im Inneren war alles okay. Haben Sie das als Katholik denn auch so ähnlich erlebt?

**Klose:** Ja, wenn man von außen auf so eine geschlossene Gesellschaft schaut, dann denkt man vielleicht, dass man da nur unterdrückt und unfrei gewesen wäre und sich nicht befreien konnte. Man konnte aber sehr frei sein, wenn man ein Selbstverhältnis

dazu gebildet hatte und für sich die entscheidenden Dinge klar hatte. Meine Eltern sind aus dem vormals schlesischen Raum nach Mecklenburg gekommen. Als Kinder sind wir da in einem behüteten Elternhaus aufgewachsen, jedoch auf der anderen Seite aber auch immer mit den äußeren, fast fundamentalistisch-atheistischen Anfeindungen gegen Religiosität in der Gesellschaft. Dies dauerhaft mit sich in Einklang und eine gewisse Balance zu bringen, dazu bedurfte es einer inneren Klarheit. Bei mir war es dann nicht mehr so, dass ich das Gefühl hatte, in diesen zwei Welten leben zu müssen, sondern ich wusste, was meine wirkliche Identität ist. Und mit dieser inneren Festigkeit konnte man sich dann zum Staat verhalten und frei werden. Diese Form der inneren Befreiung, die war unbedingt wichtig. Und ich finde manchmal auch, dass das heute noch wichtig ist, sich in ein solches Verhältnis zu seinem inneren Wesenskern zu setzen und Haltung zu zeigen. Und dazu braucht man Selbstwirksamkeitserfahrung, aber eben immer wieder auch schon ein bisschen Mut.

„Die Dinge können plötzlich kippen. Das sehen wir derzeit z.B. in der Slowakei, in Ungarn oder den USA.“

**Martin:** Auch in der Diktatur gab es zumindest gewisse Nischen, wo man dann in einem windgeschützten Winkel existierte und zumindest eine Zeit lang hoffen konnte, dass dieser Winkel bleiben würde. Das war allerdings recht unsicher, und man musste sich sagen: Was jetzt ist, kann in wenigen Augenblicken schon Vergangenheit sein! Heute leben wir zwar nicht mehr von der Gnade der Herrschenden. Wir haben abgesicherte demokratische Institutionen und Strukturen. Dennoch bleibt diese Erfahrung von damals wertvoll: Die Dinge können plötzlich kippen. Das sehen wir derzeit z.B. in der Slowakei, in Ungarn oder den USA.

### Unterschiedliche Welten in Ost- und Westdeutschland

**Klose:** Da kommen wir jetzt auch auf das Thema, über das wir ein bisschen gemeinsam nachdenken wollen: Das künftige Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle. Wie sieht es denn um unsere Zukunft aus? Wir haben jetzt gerade Wahlen gehabt, die starke Spannungen in unserem Land offenbart haben, nämlich die Erstarkung der extremistischen Ränder, rechts wie links. Das Unbehagen verschärft sich sogar, wenn wir auf die unterschiedlichen Ergebnisse in den Bundesländern schauen und z.B. Sachsen im Osten mit Nordrhein-Westfalen im Westen vergleichen. Da ist schon eine starke Spannung spürbar. Gehen wir überhaupt einer gemeinsamen guten Zukunft entgegen?

**Martin:** Die Frage ist, was können wir tun? Ich glaube, es ist immens wichtig, die eigenen Erklärungsmuster zu hinterfragen. Ich habe z.B. lange die These vertreten, dass die bereits erwähnten DDR-Prägungen der Hauptgrund für die Wahlerfolge der ehemaligen Staatspartei „Die Linke“ und dann später auch für die Wählerwanderung zur AfD hin waren. Jetzt beobachte ich jedoch: Es ist gerade vielen Älteren zu verdanken, dass die gesellschaftliche Mitte einigermaßen stabil bleibt. Und es sind vor allem Jüngere, die in ihrer Mehrheit AfD und Linke wählen, die von der DDR nicht geprägt worden sind. Oder nehmen Sie das anders wahr?

**Klose:** In der Tat würde ich hier ein Stück weit widersprechen: Denn Sozialräume bzw. soziale Prägungen tragen sich durchaus auch über die Zeit und in die nächste Generation weiter. Die

Unruhen der 90er und Nullerjahre haben eine ganze Generation stark geprägt. Und diese Generation lehnt sich natürlich auch an den vorgegebenen Ordnungsrahmen ihrer Eltern und Großeltern an. Ich habe häufig darüber nachgedacht, was denn junge Leute dazu motiviert, z.B. rechtsextrem zu werden. Und insbesondere wenn man ein bisschen in die einschlägigen Biografien der Eltern schaut, dann stellt man relativ schnell fest, dass diese nach der Zeit der Friedlichen Revolution aus den depressivsten Regionen der ehemaligen DDR kommen. In Johanngeorgenstadt etwa, wo früher der Bergbau war, brach nach der Wiedervereinigung die gesamte Region zusammen. 50 Prozent Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Dass das, im Fall von Uwe Mundlos vom NSU beispielsweise, dessen Vater früher Mathematikprofessor war, auch stark mit der Vergangenheit der Eltern zu tun hatte, die dann später alles Unrecht der DDR negiert und relativiert haben, scheint mir schon ein starkes Indiz dafür zu sein, dass da schon durchaus Prägungen stattfanden, die sich in die jüngeren Generationen weitergetragen haben.

**Martin:** Dazu fällt mir ein, dass mein Freund Jürgen Fuchs, der 1999 leider viel zu früh verstorben ist, in seinen Armeebüchern auch Johanngeorgenstadt erwähnt hat, weil dort auch seine erste Station beim Armeedienst war. Und was er da in der Rückschau beschreibt, beispielsweise die faschistoide Sprache der Rekruten oder das ganze restriktive System, das da von oben kam und nach unten weitergegeben wurde, hat mit Sicherheit großen und prägenden Einfluss gehabt. All das ist bis heute noch nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet. Dass dann so manches noch dazu kam, etwa die Opferperspektive nach 1989, das Gefühl, abermals von denen „da oben“ verarscht worden zu sein, hat wohl bei vielen schlichtweg dazu geführt, dass die demütigenden Ohnmachtserfahrungen am Ende komplett ins Aggressive gekippt sind.

„Persönlich habe ich die DDR stark als eine Neidgesellschaft erlebt.“

**Klose:** Und wenn wir uns an dieser Stelle noch einmal gleichzeitig den dramatischen Verlust religiös-christlicher Traditions- und Werteprägungen in der ehemaligen DDR vor Augen führen, in der Region von Johanngeorgenstadt dominiert der Atheismus ja bis heute zu 80 Prozent, dann fragt man sich doch auch: Was macht denn eigentlich eine nachreligiöse Gesellschaft mit ihrer Religiosität? Was hat die Sozialismus-Utopie ersetzt? Was hat überhaupt das persönliche Leben ausgefüllt? War es am Ende nur der Materialismus? Und was war überhaupt die Perspektive des normalen DDR-Bürgers? Woran hat er sich eigentlich orientiert?

**Martin:** Persönlich habe ich die DDR stark als eine Neidgesellschaft erlebt. Und das nachträgliche Idealisieren habe ich nie nachempfinden können. Die DDR war eine Tauschgesellschaft in Ermangelung einer starken Währung. Man brauchte sich, um irgendwelche Sachen zu bekommen, die der andere besaß, und für die man im Gegenzug dann selbst irgendwie etwas anbieten konnte. Außerhalb des engeren Freundes- oder Bekanntenkreises jedoch habe ich selten so etwas wie Großherzigkeit erlebt oder ein Sich-Kümmern um die Situation der anderen. Was in der heutigen Konsequenz auch dazu führt, dass vielen in den neuen Bundesländern das Leid der Menschen in der Ukraine geradezu egal zu sein scheint. Beim Thema der Solidarität mit der Ukraine wird es von vielen fast schon als eine Beleidigung wahrgenommen, dass man dabei schon wieder nicht selbst im Mittelpunkt steht. Das sind für mich klare Nachwirkungen dieser Empathielosigkeit

aus der DDR-Zeit. Empathie-Fähigkeit speist sich gewiss nicht allein nur aus religiösen Quellen. Sie speist sich sicherlich auch aus einem säkularen Engagement, das aber – bei genauerer Betrachtung – seine Wurzeln wiederum in den christlich-jüdischen Wertepägungen hat. Und wenn da gar nichts mehr da ist, herrscht dann natürlich geistliches Brachland!

**Klose:** Ja, es ist verwunderlich, dass ein Krieg wie derjenige in der Ukraine, obwohl er uns so nahe ist, in bestimmten Milieus doch so wenig Empathie zeitigt. Das irritiert mich auch. Wie würden Sie diese „Russophilie“ im Osten einschätzen?

**Martin:** Ich glaube gar nicht, dass es sich hierbei tatsächlich um eine tief verwurzelte „Russophilie“ handelt. Haben Sie das denn damals, bis 1989, etwa so erlebt, dass man sich den Sowjets, die ja auch immer Russen genannt wurden, besonders nahe gefühlt hat?

**Klose:** Ich komme ja aus Eberswalde bei Berlin. Das war eine Garnisonsstadt, da gab es ein Flughafen und ein Fleischkombinat. Es gab vielleicht 40 bis 50.000 Einwohner, 10.000 davon waren Russen. Und eigentlich hat man die Russen, die Sowjets, verachtet. Man hatte allenfalls eine Form des Mitleids gegenüber den einfachen Soldaten, weil man hörte, wie die geschlagen und behandelt wurden. Eine Freundschaft, die von der Sowjetunion und dem SED-Regime doch immer nur von oben oktroyiert worden ist, hat sich dabei jedoch nicht eingestellt. Hinzu kam außerdem noch das aufgezwungene Lernen einer Sprache in der Schule, gegen die man eine innere Aversion hatte. Die Leute haben zwar Russisch gelernt, aber sie wollten eigentlich gar nicht Russisch sprechen.

**Martin:** Was jedenfalls heute in den Neuen Bundesländern im Schwange ist, hat der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk recht gut beschrieben – und da geht es am Ende wohl eher um Projektionen. Putin ist gegen den Westen. Und der Westen wird ja als eine Macht wahrgenommen, mit der man seit 1990 in den neuen Bundesländern keineswegs nur gute Erfahrungen gemacht habe. Die Schlussfolgerung lautet dann ungefähr so: „Jetzt zeigen wir dem Westen mal, was eine Harke ist, indem wir pro Putin sind!“ Natürlich möchte niemand von denen in einem Putin-System leben. Es ist eher so eine kleine, fiese, unreflektierte Rache. So würde ich das wahrnehmen.

**Klose:** Das ist sogar regelrecht absurd. Denn letztendlich kann kein Mensch diese Konsequenzen tragen, wenn ein imperialer Verbrecher, der Angriffskriege in Europa führt, jetzt auf einmal als Speerspitze für das christliche Abendland betrachtet wird.

**Martin:** Ja, und das ausgerechnet noch von mehrheitlich atheistisch geprägter Seite aus!

**Klose:** Lassen Sie uns vielleicht noch einmal über den Neidfaktor sprechen. Das reicht doch auch noch bis in unsere Gegenwart. Ich finde, wir aus dem Osten vergleichen uns immer noch ständig auch mit dem Westen. Die Leute könnten schließlich auch zufrieden sein mit dem, was sie haben. Fehlt da vielleicht die Komponente der Dankbarkeit, und zwar nicht nur gegenüber dem Westen, sondern auch gegenüber der positiven Wendung des Schicksals, dass wir aus dieser Diktatur rausgekommen sind und jetzt eine offene Gesellschaft erleben können und uns so entwickeln können, wie wir es selbst wollen?

**Martin:** Ja, aber das würde ich dann gern auf den Westen ausweiten wollen. Selbst die alten Bundesländer und die heutige

gesamte Bundesrepublik habe ich in der zweiten Hälfte meines Lebens nicht selten als ein Land des Jammers empfunden. Auch von Parteien wie z.B. der SPD wird das Glück im Grunde genommen vor allem materialistisch definiert. Nach dem Motto: Es muss immer mehr materielle Unterstützung geben, wenn die Gesellschaft stabil bleiben soll. Ich glaube, was hier fehlt, ist nicht einmal eine „positive Erzählung“. Man muss da ja gar nichts künstlich kreieren, sondern einfach schlicht den Blick auf das richten, was dieses Land auszeichnet und worum uns Milliarden von Menschen auf der Welt beneiden – im Übrigen nicht nur im sogenannten globalen Süden, sondern bereits innerhalb Europas. In Deutschland haben wir stabile Institutionen und eine politische Klasse, die zum großen Teil eben nicht, wie in anderen Ländern dieser Welt, korrupt ist. All das wird leider als völlig selbstverständlich betrachtet – und zwar gleichermaßen in Ost wie West. Und je länger ich im Westen wohne, umso mehr irritieren mich genau diese Dinge, von denen ich vorher glaubte, dass sie lediglich im Osten existiert hätten. Geht Ihnen das nicht ähnlich?

*„Je länger ich im Westen wohne, umso mehr irritieren mich genau diese Dinge, von denen ich vorher glaubte, dass sie lediglich im Osten existiert hätten.“*

### Gemeinsam Zukunft gestalten

**Klose:** In der Tat. Als ich 50 Jahre alt geworden bin, hatte ich die erste Lebenshälfte in der DDR und die zweite in der Bundesrepublik gelebt. Viele Muster, die ich bereits in der DDR beobachtet habe, beobachte ich nun auch in der alten Bundesrepublik. Also, es ist heutzutage ja auch nicht mehr selbstverständlich, dass selbst die alten Bundesländer noch christlich geprägt sind. Oder blicken wir doch nur einmal auf die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung zurück: Worauf hatten wir uns denn damals wirklich gemeinsam geeinigt? Das war im Wesentlichen doch alles auch nur materiell ausgerichtet. Es ging immer um materielle Absicherung. Wir haben diese wichtigen Fragen nach der inneren Verortung, Verankerung und dem Glückseligkeit doch überhaupt gar nicht gestellt. Insofern haben wir deshalb auch keine gemeinsamen Ziele ausgebildet. Wir leben auch in der Gegenwart in einer vergleichenden und neidgetriebenen Gesellschaft und drohen dabei unsere geistigen Wurzeln und viele weitere existentiell entscheidende Perspektiven aus dem Blick zu verlieren.

Das können wir übrigens auch an unserer heutigen Erinnerungskultur festmachen. Eigentlich müsste es hier doch – in West wie Ost und im Hinblick auf die ganz unterschiedlichen historischen Erinnerungen und Erfahrungswelten – ein lebendiges und gesteigertes gegenseitiges Interesse aneinander geben. Aber wer hat denn hieran überhaupt Interesse? Wir hatten jetzt in den letzten Jahren viele wichtige Jubiläen, z.B. den hundertsten Geburtstag von Sophie Scholl im Jahre 2021. Aber wer weiß schon, dass in demselben Jahr auch gleichzeitig der 40. Todestag von Werner Teske und der 70. Todestag von Herbert Belter war? Also, Sophie Scholl ist bekannt für ihren Widerstand im Dritten Reich. Die letzten beiden sind in der nun immerhin schon seit 35 Jahren währenden gemeinsamen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hingegen immer noch nahezu unbekannt. Aber diese beiden haben schließlich auch ihr Leben gelassen, und zwar im Widerstand gegen die DDR-Diktatur.

**Martin:** Es bräuchte dann natürlich eine Kultur des Hinzufügens.

**Klose:** Ja, wenn wir gemeinsam Zukunft gestalten wollen, müssen wir doch auch ein gemeinsames Interesse an unserer Vergangenheit haben. Wir sollten uns nicht nur informieren, sondern zuallererst dafür interessieren, was die jeweils andere Seite geprägt hat. Nur ein weiteres Beispiel: Von 1945 bis 1950 hatte die Sowjetunion die Todesstrafe ausgesetzt, was auch für die DDR galt. 1950 wurde sie dann auch in der DDR wieder eingesetzt. Die Folge davon war: Allein von 1950 bis 1953 wurden im mitteldeutschen Raum über 1000 Todesurteile gefällt und vollstreckt. Da war plötzlich jeder mehr oder weniger betroffen. Und diese Angst steckte tief in den Leuten drin, so dass es auch der Gesellschaft am Ende auch moralisch das Genick gebrochen hat. Umso wichtiger finde ich es heute, 36 Jahre nach der Friedlichen Revolution, dass wir diese Erinnerungskultur im vereinigten Deutschland endlich gemeinsam pflegen. Und ich hätte mir schon gewünscht, dass auch die alte Bundesrepublik da sensibler gewesen wäre und darauf mehr geachtet hätte, nämlich auf diese Erinnerungskultur an den Widerstand und den aufrechten Gang in der ehemaligen DDR. Für den weiteren Prozess der inneren deutschen Einheit ist es darum unverzichtbar, all das in Erinnerung zu behalten und auch für die Zukunft sichtbar zu machen. Denn für eine freiheitliche Demokratie ist und bleibt der aufrechte Gang immer konstitutiv!

„Umso wichtiger finde ich es heute, dass wir diese Erinnerungskultur im vereinigten Deutschland endlich gemeinsam pflegen.“

**Martin:** Das teile ich. Aber es muss auch gewürdigt werden, dass es dazu mittlerweile schon eine recht weit gefächerte Erinnerungslandschaft gibt. Ich denke z.B. daran, was die Landeszentralen für politische Bildung machen oder etwa die Stiftung Aufarbeitung, dass es bereits wichtige Erinnerungsorte gibt – nehmen wir nur einmal die Gedenkstätte Hoheneck, das ehemalige Gefängnis für die verfolgten Frauen, oder den Erinnerungsort Torgau mit seinem Fokus auf Justizunrecht, Diktatur und Widerstand. Es gibt die Möglichkeit, dass Lehrer mit ihren Schulklassen dort hingehen – und da wird durchaus schon viel gemacht.

Die entscheidende Frage ist für mich jedoch, ob das dann auch am Ende wirklich in die Ostgesellschaft hinein diffundiert. Und das ist, ich glaube, nicht zuvörderst die Aufgabe des Westens. Mit unseren beiden besonderen Biografien sollten wir uns auch ehrlicherweise eingestehen: Wir beide sehen uns zwar in dieser Tradition der Widerständigkeit und ziehen daraus viel Kraft, Millionen andere Ostdeutsche tun das aber bis heute *nicht*. Wir beide sind in der DDR zwar in vergleichbaren Milieus aufgewachsen, stehen da aber eher für eine gesellschaftliche Minderheit. Das sollte man realistischerweise auf dem Schirm haben. Die Mehrheit der ehemaligen Ostdeutschen ist dagegen eher von Erfahrungen einer vermeintlichen „Normalität“ geprägt. Wir würden das wohl als Anpassung beschreiben. Darüber selbstkritisch zu reflektieren, dass ein Leben in einem totalitären Regime eben nichts mit „Normalität“ zu tun hatte, bleibt für die Mehrzahl der ehemaligen DDR-Bürger eben unangenehm und schwierig. Dieses fortgesetzte Ausweichen gilt es zu benennen.

**Klose:** Ich hatte zumindest immer gehofft, dass wir mithilfe der alten Bundesrepublik genau an diesem Punkt anknüpfen könnten, dass wir durch das gemeinsame Interesse an der Vergangenheit auch unsere heutige Gesellschaft sowohl in ihrer Selbstwirksamkeitserfahrung stärken als auch in Bezug auf ihre blinden historisch-politischen Flecken ein Stückchen sensibler

machen könnten. Man hätte es tun können. Da ist für mich schon bis heute eine schmerzhaft Lücke, und da müssten wir in Zukunft noch mehr und verstärkt ansetzen.

**Martin:** Es braucht wahrscheinlich mindestens drei Generationen, um das „Diktatur-Gen“ herauszubringen. Ich höre das auch von jüngeren Leuten, die in den Westen gegangen sind und dann zeitweise zurückkommen in den Osten und mit ihren Eltern und Großeltern sprechen. Da gibt es fast immer Streit am Abendbrottisch. Dieser Streit ist wichtig – und das Rausgehen aus der eigenen begrenzten Erfahrung oder aus dem eigenen abgezielten Herkunftsmilieu eine ungeheure Chance.

**Klose:** Die große Gefahr des einseitigen Verbleibens in den je eigenen verengten Herkunftsmilieus – ob nun West oder Ost – ist doch, dass wir diese, unsere Milieus konservieren und sie dann zur Projektionsfläche für einen Ost-West-Gegensatz nutzen. Der Westen verfährt dann traditionell nach dem Motto: „Die sind doch da im Osten alle ein bisschen doof, undemokratisch und rückschrittlich“. Und umgekehrt sagt der Osten, der Westen sei nur von Ellbogenmentalität geprägt, sei rücksichtslos, egoistisch und rein kapitalistisch orientiert.

### Osteuropäische Erfahrungshorizonte und -perspektiven

Wenn wir die Chancen eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in den Blick nehmen wollen, scheint mir außerdem noch ganz entscheidend zu sein, dass wir rückblickend endlich auch einmal die Bedeutung der osteuropäischen Perspektive für die Wiedervereinigung Deutschlands hinreichend würdigen. Denn was wären wir denn schließlich in unserer jüngeren deutschen Geschichte ohne die zeitgleichen, besonderen historischen Verdienste der Osteuropäer? Was wären wir denn heute z.B. ohne die Ungarn, ohne dieses freiheitsliebende Volk, das in der historischen Stunde in Europa voll widerständigen Dranges und entscheidender Tatkraft gewesen ist. Oder was wären wir ohne die Polen und die Solidarność? Seit 1980 war für uns Polen natürlich geschlossen, wegen des Umbruches in Polen. Aber was die Gewerkschaft hier historisch geleistet hat, war ja nicht weniger als eine entscheidende Vorbedingung für den dann folgenden europäischen Emanzipationsprozess in Richtung Freiheit und Demokratie, von dem auch wir in Deutschland so glücklich profitieren konnten.

**Martin:** Heute – um das an dieser Stelle noch zu ergänzen – sind es auch wieder die Polen, die in der Unterstützung der Ukraine ganz stark sind und natürlich das Bewusstsein haben, dass sich in der Ukraine das Schicksal des ganzen Kontinentes entscheidet. Deshalb bin ich auch skeptisch, wenn bei uns mit „Ost und West“ immer nur national verengt Ostdeutschland und Westdeutschland gemeint ist, denn der Osten besteht ja aus europäischer Perspektive aus noch sehr viel mehr. Und das, was gegenwärtig gerade im Osten – und ich denke hier neben Polen vor allem an die drei baltischen Demokratien – an politischer Klarheit und an Sensibilität gegenüber dem da ist, was uns als Gefahr aus dem Kreml droht, ist zum Teil viel weiterentwickelter als bei uns hier in Deutschland. Das alles sollte in die Debatte mit rein, und zwar in die gesamtdeutsche Debatte. Bei den Westdeutschen ist es ja schließlich auch nicht so – Sie haben es eben bereits angedeutet –, dass da nur erleuchtete Kinder der Aufklärung am Werk wären.

**Klose:** Und wenn wir jetzt auch über Osteuropa nachdenken, finde ich, dass der ehemalige Osten Deutschlands nun eben eine



starke Ähnlichkeit mit vielen Prozessen aufweist, die gerade in Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien stattfinden. Wir müssten eigentlich vielleicht viel stärker dort hinschauen, um uns am Ende selbst besser zu verstehen.

### Gefahren für die freiheitliche Demokratie in Europa

**Martin:** Die Leute in den Ländern Osteuropas mussten sich in den letzten Jahrzehnten selbst mit dem Schopf aus dem post-sozialistisch-ökonomischen Morast ziehen. Nun drohen wiederum einige dieser osteuropäischen Gesellschaften ins Autoritäre der Zeit vor 1989 zurückzufallen. Die Slowakei und Ungarn sind diesbezüglich zwei beunruhigende Menetekel. Und das kann natürlich auch hier in unserem Land passieren.

**Klose:** Haben Sie Angst davor, dass das jetzt auch in Deutschland passieren könnte? Also, wir hören doch immer häufiger die Aussage, dass wir jetzt so etwas wie die 20er, oder 30er Jahre des vorherigen Jahrhunderts erlebten und es nun auch mit den Wahlergebnissen in die radikale Richtung einer geschlossenen Gesellschaft gehen könnte, um nicht gleich zu sagen: in Richtung Diktatur. Persönlich habe ich diese Angst eigentlich weniger. Aber es liegt auch daran, dass ich großes Vertrauen in unsere Institutionen habe, in die Gerichte und die tragenden und gewachsenen demokratischen Strukturen.

**Martin:** Nun, Angst ist immer ein ziemlich großes Wort. Ich würde eher das Wort „Sorge“ verwenden. Und Sorgen mache ich mir allerdings auf jeden Fall. Denn das mit den demokratisch-rechtsstaatlichen „checks and balances“ und der institutionellen Gewaltenteilung funktioniert nur so lange, wie sich alle daranhalten. In dem Moment jedoch, wo der gesellschaftliche Comment gekippt wird, wie wir das jetzt in den USA sehen, bricht alles schnell zusammen. Das heißt, in letzter Konsequenz kann auch das demokratisch zunächst ganz robust Erscheinende plötzlich sehr schnell fragil werden. Und es hängt allein vom

Willen und Bewusstsein der Menschen ab, ob sie diese Institutionen wirklich schätzen und bewahren wollen.

Wenn die etablierten Institutionen jedoch in die Hände einer autoritären Partei oder eines populistischen Führers geraten, der den Willen hat, das alles implodieren zu lassen, dann kann das auch geschehen. Mir fehlt deshalb hier im Westen das hinreichende Gefährdungsbewusstsein. Blicken wir in die Vereinigten Staaten: Es gab dort bis vor kurzem an den Universitäten – im Sinne einer vermeintlich neu geschärften Bewusstseins- und Gerechtigkeitskultur – lautstark alle möglichen „woken“ und linksideologischen Aktivitäten, mit Begriffen wie „Critical Race Theory“, „Me too“, „Mikroaggressionen“ oder „Cancel Culture“. Wo aber sind diese „woke people“ jetzt, wo es gesellschaftlich und gesamtpolitisch im „Land of the Free“ unter Trump tatsächlich ums Eingemachte geht, um „Makroaggressionen“? Solches kann selbstverständlich auch hier in Deutschland drohen. Die politische Verantwortung wahrzunehmen, bedeutet jedoch nicht, routiniert kassandramäßig zu warnen und sich darin zu gefallen, Apokalypse-Szenarien zu entwerfen. Sondern dass man ganz konkret hinschaut und sich fragt:

„Mir fehlt hier im Westen das hinreichende Gefährdungsbewusstsein.“

„Wie können wir die Institutionen und das Grundgesetz noch wasserdichter machen?“ Das sollte allerdings nicht nur auf der rechtlichen Ebene passieren, sondern wir müssten dazu auch die notwendige gesamtgesellschaftliche Debatte führen, um gemeinsam die hohe Wertschätzung für unsere heterogene Demokratie aufrecht zu erhalten. Und wenn wir dann – wie gegenwärtig – Wahlergebnisse haben, wo zwei „Kreml-Parteien“ wie die Linke und die AfD gefährlich erstarken, müssen wir natürlich auch, eine andere Möglichkeit sehe ich nicht, mit den Wählern dieser Parteien ins Gespräch kommen – und zwar weder in paternalistischem noch in anbiederndem Ton.

Die politische Verantwortung hierfür liegt übrigens nicht nur bei den Leuten, die in der politischen Öffentlichkeit stehen,

sondern bei jedem einzelnen Bürger, der sich z.B. auch dem konkreten und unbequemen Nachbarschaftsgespräch stellen müsste.

**Klose:** Und da ist es natürlich ein großes Problem, wenn nun rund 35 Prozent der Bevölkerung die rechtsradikale AfD und die Linksradikalen wählen. Dann muss man doch endlich mal irgendwie sehen, wie man wieder miteinander ins Gespräch kommt, wie man eigentlich gemeinsam zukünftig Gesellschaft gestalten will. Fällt Ihnen da eine Lösung ein?

**Martin:** In der Tat, sehr schwierig! Der Jakobiner Louis Antoine de Saint-Just bekannte nach der Französischen Revolution einmal freimütig: „Wir ändern nicht die Missbräuche, sondern die Bräuche.“ Und genau das ist m.E. auch z.B. das Projekt einer Partei wie der AfD: „Raus aus der EU, raus aus der NATO“ – und Deutschland als eine neue Art Bismarck'sche Mittelmacht zwischen Ost und West. Das würde das Ende der bewährten und verlässlichen bündnismäßigen Eingebundenheit der Bundesrepublik Deutschland bedeuten, so wie wir sie kennen.

Das nenne ich System-Opposition. Und ich glaube, eine freiheitliche Demokratie muss demgegenüber auch in der Lage sein, zu unterscheiden zwischen politischen Mitkonkurrenten und regelrechten Feinden unseres bewährten Modells der freiheitlichen Demokratie. Nicht zufällig heißt Karl Poppers Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ und nicht „Die offene Gesellschaft und ihre Mitkonkurrenten“. Ich glaube deshalb, dass eine liberal-freiheitliche Gesellschaft ganz klar machen muss, wer ihre gegenwärtigen Feinde sind. Das müsste man auch gar nicht spitzfindig herbei philosophieren – ein Blick in die Programme der jeweiligen Parteien lässt doch schon hinlänglich offenbar werden.

„Ich glaube deshalb, dass eine liberal-freiheitliche Gesellschaft ganz klar machen muss, wer ihre gegenwärtigen Feinde sind.“

**Klose:** Da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Aber wie gewinnt man hier denn nun die einschlägige Wählerschaft dieser radikalen Parteien zurück, um diese Menschen am Ende wieder in die Mitte einbinden zu können? Doch sicherlich nicht durch weitere Stigmatisierung, oder?

**Martin:** Nein, da bin ich mit Ihnen einig. Nicht durch Stigmatisierung, auch nicht durch moralisierende Parolen! Als Schriftsteller kann ich gar nicht anders, als auf das Wort und die Kommunikation zu vertrauen: Wirklich transparent zu machen, was eine Partei wie die AfD will und wohin sie uns führen würde. Da muss jetzt gar nicht immer der Faschismusvorwurf kommen, sondern es kann ganz konkret im Alltag aufgezeigt werden, was es ökonomisch für eine Verarmung bedeuten und wie es uns sicherheitspolitisch wehrlos machen würde. Gerade da fehlt mir übrigens der unaufgeregte rationale Diskurs. Ein permanenter Dauer-Überschuss an rein moralischer Empörung bringt überhaupt nichts, wenn er nicht geerdet ist und wenn den Leuten nicht sachlich und nüchtern klar gemacht wird, was die Konsequenzen sind.

**Klose:** Ich glaube, was wir brauchen, gerade auch im Hinblick auf die Arbeit des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit, das ist eine starke wertgebundene und wertorientierte Auseinandersetzung um die ernsthaften Probleme unserer Gesellschaft.

**Martin:** Ja, da stimme ich Ihnen zu. Aber neben dem Ansprechen der Probleme braucht es dafür auch, ohne jetzt rührselig werden zu wollen, eine Wertschätzung des Potenzials, das unser Land eigentlich hat. Und zwar auf allen Ebenen. Es gibt sie nämlich noch, die wahren Helden des Alltags: Für mich sind all jene Leistungsträger, die auf welcher Ebene auch immer versuchen, diese Gesellschaft etwas besser zu machen. Da zählen z.B. auch die von linker Seite so abschätzig bezeichneten „Kapitalisten“ dazu, die mit ihren Investitionen massiv zum Wohlstand beitragen. Genauso die Angestellten, die Menschen in Krankenhäusern, im öffentlichen Dienst oder in der ehrenamtlichen und gemeinnützigen Arbeit.

Hier geht es auch ganz zentral um die Frage der Ethik: Hat man ein zynisches und pessimistisches Menschenbild – oder ist man immer wieder aufs Neue erstaunt, was Menschen so alles im Guten leisten können?

**Klose:** Noch einmal ein weiterer Gedanke zum gesellschaftlichen Zusammenhalt: Man könnte ja sagen, dass dem DDR-Zusammenbruch auch eine Umschichtung von unterschiedlichsten binnengesellschaftlichen Machtverhältnissen folgte. Ich finde, das ist ein Aspekt, der bisher überhaupt noch nicht angemessen reflektiert worden ist. Eine Verkäuferin in einem Einkaufsladen der alten DDR hatte beispielsweise eine relative Macht gehabt, weil sie einer Mangelgesellschaft Ressourcen zuteilen oder auch nicht zuteilen konnte. Sie konnte ihnen die Flasche Sekt verkaufen oder aber auch nicht. Damit hatte sie einen starken Einfluss. Heutzutage – in einer Überflusgesellschaft – hat sich das vollkommen relativiert. Im heutigen Supermarkt können Sie sich nicht einmal mehr an das Gesicht der Verkäuferin erinnern, nachdem sie am Barcode vorbeigelaufen sind. Und das führt natürlich auch zu strukturellen narzisstischen Kränkungen. Die kann gewiss kein System der Welt kompensieren. Kurzum: Haben wir da zu wenig Rücksicht auf diese Form von Zurücksetzung, ja von Demütigung genommen?

**Martin:** Da würde ich sagen, dass der Staat das nicht leisten kann. Der Staat kann selbst Glück nicht generieren. Er kann jedoch Rahmenbedingungen setzen, damit das Unglück zumindest beherrschbar bleibt. Menschen, die sich zurückgesetzt fühlen oder zurückgesetzt sind, müssen im Zwischenmenschlichen auf gesellschaftliche Solidarität treffen und auch im Sozialen erwarten können, dass es keinen existentiell bedrohlichen Abstieg gibt. Doch liegen die verschiedenen Kränkungs- und Zurücksetzungserfahrungen nicht in der Verantwortung des Staates. Ich glaube, das müsste man immer wieder klar machen: Der Staat schafft lediglich die Rahmenbedingungen. Alles andere muss sich aus der Mitte der Gesellschaft heraus austarieren. Welche Art Wertschätzung man schaffen könnte, ist eine gesellschaftliche Debatte; das kann der Staat nicht regeln. Manche glauben ja, dass eine gewählte Regierung tatsächlich auch für unser persönliches Glück verantwortlich sei. Das ist ein Problem. Und natürlich auch ein Problem der Politik, falls sie genau solches suggeriert. Ich habe das etwa bei den letzten Wahlplakaten der SPD beobachtet: Da wird man geduzt und dann wird einem irgendetwas versprochen, dass man sich um jeden Einzelnen kümmern und „liefern“ würde oder was auch immer. Solche politischen Heilsversprechen aber schaffen letztlich nur Frustration, wenn nicht sogar

„Der Staat schafft lediglich die Rahmenbedingungen. Alles andere muss sich aus der Mitte der Gesellschaft heraus austarieren.“

Hass, weil sie eben schlicht und ergreifend nie zur Gänze erfüllbar sind.

**Klose:** Es wird hier im Grunde genommen eine Erwartungshaltung suggeriert, die niemand erfüllen kann. Ich finde, das ist etwas, was den Osten wahrscheinlich stark betrifft. Sie haben eine Erwartung, die eigentlich nicht ausfüllbar ist. Die meisten könnten zufrieden sein. Materiell geht es den Menschen in Deutschland – gerade auch im Weltvergleich – keineswegs schlecht. Wir wissen doch noch, wie es in der DDR war. Ich weiß doch, wie die Menschen gelebt haben, auch unter welchen Bedingungen sie gelebt haben und wie schwer es im damaligen Alltagsleben zu managen war, die Mangelgesellschaft zu kompensieren. Jetzt leben wir nun aber seit 35 Jahren in einer so sattem und reichen Gesellschaft, und zwar auf allen Ebenen und in der ganzen Breite unserer Gesellschaft und trotzdem sind viele Menschen stark unzufrieden und machen das an einem Ost-West-Konflikt fest. Ich finde, das ist nicht gerecht. Da stimmt etwas mit unseren eigenen Ansprüchen nicht. Und das muss man auch politisch und gesellschaftlich einmal deutlich zur Sprache bringen. Das hat nichts mit Dankbarkeit zu tun. Das hat vielmehr etwas mit Selbstgenügsamkeit, dem Gefühl der Selbstwirksamkeit und mit der Akzeptanz der eigenen Lebenssituation zu tun. Und hier liegt, glaube ich, ein großes Defizit. Das lässt sich natürlich leicht politisch-populistisch instrumentalisieren.

**Martin:** Dieses Defizit zu benennen, wäre in meinen Augen schon ein erster, großer Schritt. Damit wir heraus kommen aus einer gewissen Matrix und aus einem Argumentationstunnel.

### Beheimatung und Angst vor Heimatverlust

**Klose:** Ich glaube, wir müssten uns zur Vervollständigung des Gesamtbildes auch noch einmal kurz mit den Begriffen „Heimat“, „Beheimatung“ und auch den Ängsten vor bzw. den Prozessen von erlebtem „Heimatverlust“ auseinandersetzen. Da geht es in unserer heutigen Zeit ja nicht nur um die zum Teil rapiden und massiven Veränderungen von örtlichen Räumen, sondern insbesondere auch von vertrauten sozialen Räumen mit allen existentiellen Folgen auch für das Gefühls- und Seelenleben der davon betroffenen Menschen.

Wenn Orte sich plötzlich radikal verändern oder gar zerstört werden, wie zum Beispiel Dresden im Zweiten Weltkrieg, dann erzeugt so etwas immer große Heimatverluste. Aber was uns dabei oft nicht bewusst ist: Auch wenn Orte überbaut und neu gemacht werden, erzeugt es die gleichen Heimatverluste. Das führt dann zu Verwerfungen. Oder schauen Sie sich nur einmal Berlin an: Wo wohnen die Leute, die vorher da gewohnt haben? Da gab es den Diskurs über den Prenzlauer Berg, dass dort eigentlich die ganzen alten Berliner längst weg sind und da

auf einmal neue Leute wohnen. Ja, so ist das eben. Es gibt Austauschprozesse. Der eine kann es sich leisten, der andere nicht.

**Martin:** Aber das passiert seit jeher und ständig in der Menschheitsgeschichte, auch nicht erst seit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert, sondern immer schon und überall.

**Klose:** Ein weiterer Aspekt sind die Sozialräume, die sich grundstürzend verändern. Depression erzeugt dann Wanderungsbewegungen. Nicht nur die Migration in unser Land, sondern auch die Binnenmigration. Sachsen hat z.B. ein Fünftel der Bevölkerung verloren. Die jungen Leute gehen einfach weg. Es gehen vor allem junge Frauen, die sich mehr Chancen ausrechnen als andere. Und schließlich wäre da noch der Aspekt des Verlustes sinnerschließender, existentiell relevanter und kollektiv verbindender Groß-Narrative anzuführen.

Was hat nun bei den Menschen eigentlich diesen Verlust des Sozialismus-Narrativs in der ehemaligen DDR ausgefüllt? Ist das nur der Wohlstand, nur der Materialismus? Und was passiert, wenn die Menschen das Gefühl beschleicht, dass Ihnen am Ende in ihrem Leben dennoch der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist. Das kann, glaube ich, keine Gesellschaft kompensieren. Darum sollten wir auch diese Prozesse ein Stück offenlegen und darüber ins Gespräch kommen.

Dirk Oschmann hat das z.B. in seinem Buch „Der Osten – eine westdeutsche Erfindung“ thematisiert. Ich fand, die Punkte, die er dort zitiert hat, waren alle richtig. Was mich allerdings irritiert hat, war seine Wut dabei bzw. die Suche nach einem Adressaten dieser Wut. Und da sind wir dann wieder mitten in der Ost-West-Thematik. Das ist in gewisser Weise ungerecht. Denn es geht hierbei doch auch um ganz allgemeine und klassische wirtschaftliche und soziale Veränderungen, Disruptionen und Verwerfungsprozesse. Wie finden wir da wieder zusammen? Müssen wir diesen Heimatverlust nicht auch ein Stück thematisieren? Wäre das nicht auch eine zentrale Aufgabe des Zukunftszentrums in Halle, darüber mal ins vertiefte Gespräch zu kommen?

Gewiss, es gab diese zentralen historischen Umschlagpunkte 1989 mit der Friedlichen Revolution und 1990 mit der Wiedervereinigung. Aber erst in den Transformationsprozessen danach gab es diese vielen Verwerfungen, die einfach aufgrund der ungleichen Niveaus, der Ausgleichsprozesse, der Dynamiken, die dann ausgelöst worden sind, entstanden sind. Und das müssen wir m.E. stärker thematisieren. Und das ist etwas, was uns

» Was hat nun bei den Menschen eigentlich diesen Verlust des Sozialismus-Narrativs in der ehemaligen DDR ausgefüllt? Ist das nur der Wohlstand, nur der Materialismus? «

## Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





mit den übrigen osteuropäischen Ländern verbindet, weil sie die gleichen Erfahrungen gemacht haben und machen.

**Martin:** Ich würde hinzufügen: teilweise sogar in noch viel härterer Form!

**Klose:** Wohin ist denn die Jugend in Polen gewandert? Was findet da statt und was in Ungarn? Das wäre vielleicht ein Schlüssel, auch worauf wir achten müssen, wenn wir diese vergleichbaren Transformationsprozesse betrachten. Und wenn wir diese Verlustprozesse von Heimat einmal gründlich analysieren und betrachten, dann würden wir vielleicht im Gegenzug auf Orte der Beheimatung künftig etwas stärker achten. Also, wenn die Jugend weggeht, werden Schulen nicht mehr gebraucht. Wenn ich aber dann die Schulgebäude abreiße, dann entsteht eine Lücke, weil dort dann auch keine Klassentreffen mehr stattfinden können, weil die Leute gar nicht mehr zurückkommen, weil sie den Ort des Treffens nicht mehr haben. Das hat z. B. in den neuen Bundesländern im großen Stil stattgefunden. Würden Sie dem zustimmen?

*„Wenn wir diese Verlustprozesse von Heimat einmal gründlich analysieren und betrachten, dann würden wir vielleicht im Gegenzug auf Orte der Beheimatung künftig etwas stärker achten.“*

**Martin:** Natürlich, wenn kein Bahnhof mehr existiert, gibt es auch kein Bahnrestaurant mehr. Die Leute treffen sich nicht mehr wie früher. Wir neigen freilich alle alle dazu, das Vergangene zu idealisieren, auch deshalb man da noch jünger war und vieles intensiver erlebt hat. Das, was in den frühen prägenden Jahren unseres Lebens im heimatlichen Rahmen geschah, wurde natürlich auch deshalb so stark wahrgenommen, weil es für uns noch keine Vergleichsmöglichkeiten gegeben hatte. Wenn wir jedoch ehrlich mit uns sind, gab es aber auch da bereits

zahlreiche Konflikte, Probleme und Ausgrenzungen – gerade in der vermeintlichen „guten alten Zeit“ und in unserer Heimat. Das gehört alles schon mit dazu. Wovor wir uns hüten müssen, sind Idealisierungen und Ideologisierungen. Wir sollten deshalb weder eine Verdammung der Vergangenheit kultivieren noch das Gefühl, irgendwelchen Strukturen in der Gegenwart hoffnungslos ausgeliefert zu sein.

#### Chancen und Aufgaben des Zukunftszentrums in Halle

**Klose:** Ja, aber das ist am Ende dann doch auch so eine Aufgabe für den weiteren Prozess der inneren deutschen Einheit und auch eines solchen Zukunftszentrums, dass wir im Prinzip nicht schon im Vorhinein und quasi „ex cathedra“ vorgeben sollten, wie die Prozesse dann gestaltet werden. Dann wären wir wieder nur bei der Treuhand und bei Einigungsverträgen. Dann wären wir wieder nur bei Prozessen, die rein juristisch qualifiziert sind. Es geht aber doch gerade um die Substruktur, um die Milieustruktur. Und diese Milieustrukturen müssen sich in unseren Diskursen abbilden. Und das im Übrigen viel stärker auch mit dem Akzent in Richtung Mittel- und Osteuropa. Wenn wir dann auch über europäische Transformationen reden wollen, dann wollen wir doch nicht nur über Staatsverträge reden, sondern über genau diese notwendigen und unverzichtbaren Formen der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung und gegenseitigen Verständigung.

**Martin:** „Substruktur“ ist ein feines Wort! Da konkretisiert es sich nämlich. Da sind die hoch ambivalenten Erfahrungen von Individuen plötzlich viel mehr als ein statistischer Kurs.

**Klose:** Also, ich dachte immer, wenn wir uns in Ost und West verstehen wollen, müssen wir uns auch unsere Biografien erzählen. Erst dann merken wir nämlich, dass diese Bruchlinien, die wir erlebt haben, natürlich auch in der je und jetzt ganz konkreten und einmaligen historischen Situation, letztlich auch immer

zugleich ein Stück universal-menschlich übertragbar sind. All das könnte, sollte und müsste natürlich so ein Zukunftszentrum dann auch leisten.

**Martin:** Der französische Philosoph André Glucksmann, der mich ungeheuer geprägt und mit dem sich dann sogar eine Freundschaft entwickelt hatte, sagte einmal Folgendes: Das, worauf wir uns immer einigen können, worin wir alle gleich sind, ist unsere Endlichkeit und unserer Verletzlichkeit. Wenn wir uns darauf einigen können, wächst Respekt quasi von selbst. Um das jetzt zum Abschluss ein bisschen lebensweltlich herunterzubrechen: Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass immer, wenn irgendwas Negatives in unserer Familie geschah, meine Mutter mitunter sagte: „Warum muss das jetzt gerade uns wieder passieren?“ Woraufhin mein Vater, der stets ein frohgemueter Mensch gewesen ist, die Antwort gab: „Aber was wissen wir denn davon, was in diesem Moment gerade den anderen passiert?“

Genau dies – ohne sich zu verlieren auch einmal von sich abzusehen und für den anderen zu interessieren – wäre eine Lebenskunst, die uns allen weiterhilft. Von Emmanuel Levinas, dem für mich so inspirierenden Religionsphilosophen, gibt es den faszinierenden Gedanken, dass das wirkliche Abenteuer nicht etwa darin besteht, zu mir selbst zu kommen, sondern „das Gesicht des anderen zu sehen und zu entdecken“<sup>1</sup>.

**Klose:** Und das erinnert mich jetzt wiederum sehr stark an Alfred Grosser, der immer sagte, dass, wenn wir anfangen, das Leiden der anderen zu sehen, wir auch die Gesellschaft anders gestalten würden. Im Leben und Leiden des anderen können und sollten wir uns immer auch selbst erkennen. Und das wünsche ich mir auch für unseren Ost- West-Dialog. Das bedeutet: Wenn wir über Transformationen reden, dann meinen wir nicht in erster Linie nur irgendwelche technischen Prozesse, sondern wir reden auch über mitmenschliche Leiderfahrung und über das existentiell erfahrbare Leid in diesen Umbruchsprozessen. Da geht es dann gewiss auch nicht immer gleich um den totalen Zusammenbruch, sondern eher und öfter um konkrete und handfeste Sorgen und Nöte. Wenn wir die Sorgen und Nöte der anderen erkennen, werden wir uns eben auch schon ein Stück weit selbst wiedererkennen. Und ich glaube, das wäre wertvoll. Ich glaube, wir müssen Brücken schlagen zwischen West- und Osteuropa und müssen das Leid sehen. Und da geht es nicht nur um das Leid der Osteuropäer. Es geht auch um die Transformationserfahrungen der westlichen Länder mit all ihren Verwerfungen. Und da Ähnlichkeiten herzustellen, Brücken zu bauen, das wäre eine wichtige Aufgabe auch des Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle.



*Marko Martin,*

Jahrgang 1970, verließ im Mai 1989 als Kriegsdiensttotalverweigerer die DDR und lebt als freier Schriftsteller in Berlin. Zuletzt erschien „Und es geschieht jetzt. Jüdisches Leben nach dem 7. Oktober“. Im September erscheint (ebenfalls im Tropen Verlag“ sein aktuelles Buch „Freiheitsaufgaben“).

Und da erhalten wir natürlich auch wichtige Punkte, die wir biografisch mitbringen, weil diese biografischen Brüche, die wir erfahren haben, wichtig sind für diese Gesellschaft, weil sie uns etwas lehren, weil wir dabei gemeinsam etwas lernen und verstehen können. Ich glaube, das wäre eine gute Perspektive. Wenn wir es schaffen würden, so ein Zentrum mit dieser Perspektive zu versehen, dann würde ich beruhigt sein. Dann würde ich sagen, ja, da ist ein Ort, da können wir das alles diskutieren und zusammenkommen. Eine konkrete Utopie. Ja, nehmen wir das mal ernst: Wir laden unsere europäischen Nachbarn, unsere Freunde ein, unsere Freunde aus Paris, unsere Freunde aus Ungarn, aus Budapest, aus Krakau und Warschau und sagen, kommt doch alle zusammen, lasst uns hier einmal miteinander diskutieren.

Wir wollen Europa gemeinsam gestalten. Das wäre die Perspektive. Und die brauchen wir nötiger als je zuvor. Wir brauchen keine gegenseitige Belehrung.

Wir brauchen das gemeinsame Verstehen-Wollen. Und das speist sich natürlich auch aus den Prägungen der Vergangenheit. Und die Prägungen der Vergangenheit müssen sichtbar werden. Wir brauchen einen Ort der wahrhaftigen und tiefen Begegnung, in dem Menschen zusammenkommen über Fellowships, über Austauschprozesse, um diesen Verstehensprozess voranzutreiben. Und der muss und sollte dann natürlich auch ein bisschen die Politik anstecken. Das wäre wichtig und hilfreich. Und was ich dabei noch notwendig fände: Dieser Ort darf nicht politisch dominiert werden, denn dann würden wir wieder nur die alten Angriffsflächen und Gefechte bieten. Wenn das Zukunftszentrum also sehr stark aus diesem liberalen Geist und Diskurs heraus geprägt werden würde, dann würden auch die eher Konservativen sagen: „Ja seht, das neue Zukunftszentrum ist ein sehr sinnvolles und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stiftendes Verlautbarungsinstrument!“

**Martin:** Es ist letztlich das große Abenteuer unserer liberalen Demokratie, dass der oder die andere gar nicht so tickt wie man selbst – und dass das auch gar nicht schlecht ist!

**Klose:** Lieber Herr Martin, vielen herzlichen Dank für das schöne Gespräch.

**Martin:** Lieber Herr Klose, ich danke auch von Herzen für dieses Gespräch.



*Dr. Joachim Klose*

wurde in Eberswalde geboren, verweigerte den Wehrdienst in der DDR, studierte Physik, Philosophie, Theologie, Wissenschaftstheorie, Logik und Statistik an der TU Dresden, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Harvard University (Cambridge, USA). Von 1996 bis 2006 wirkte er in den Katholischen Akademien in Berlin und Dresden und hatte Lehraufträge an der Humboldt-Universität und der TU Dresden innen. Seit 2007 ist er in der politischen Bildung tätig.

<sup>1</sup> Emmanuel Levinas, *Vom Nutzen der Schlaflosigkeit*, 1987.

# Herzlichen Glückwunsch: 80 Jahre CDU Deutschlands!

Christian Meißner

Der berühmte Hamburger Theologe Helmut Thielicke notierte einmal treffend: „Das Wort ‚Christentum‘ ist ein unglücklicher Begriff: Es meint nämlich nicht so sehr das Evangelium selbst, sondern es meint den großen Komplex all jener geschichtlichen Erscheinungen, die ‚irgendwie‘ in Zusammenhang, und zwar manchmal in einem sehr losen Zusammenhang, mit dem Evangelium in Erscheinung getreten sind (...). In ihm ist schlechterdings alles vereinigt: Von den Orthodoxen bis zu den liberalen Kulturprotestanten, von der römischen Kirche bis zu den Ernstern Bibelforschern, von der Tiara des Papstes bis zu den höchsten Ketzerrüten, von der ‚Bekennenden Kirche‘ im Ghetto bis zum Metropoliten von Moskau“ (Der Glaube der Christenheit, Göttingen 1958, S. 13).

Nicht nur vor diesem theologischen Hintergrund war es ein Wagnis, als die römisch-katholischen und evangelischen Väter und Mütter der „Christlich-Demokratischen Union“ am 26. Juni 1945, also in der Stunde „Null“ und noch inmitten der Trümmerhaufen der tiefsten moralischen und sittlichen Selbstverwüstung und Selbsterniedrigung Deutschlands, gemeinsam im Namen Gottes politisch einen Neuanfang suchten.

Es war ein Wagnis, weil es für ein solches Projekt im nach wie vor konfessionszerstrittenen Deutschland überhaupt keine Vorbilder und Anknüpfungspunkte gab. Es war aber auch ein Wagnis, weil man sozusagen noch im unmittelbaren Angesicht der zerschlagenen, abscheulichen Fratze des nationalsozialistischen Totalitarismus den Mut fand, aus „heißer Liebe zum deutschen Volke“, wie es im Berliner Gründungsaufruf hieß, freimütig und zuversichtlich zu bekennen: „Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in die uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“ Das politische Wagnis gelang: Die Union wurde zur bedeutendsten und einflussreichsten politischen Kraft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und bestimmt auch heute noch – 80 Jahre nach ihrer Gründung – ihre Geschicke.

Das Modell der interkonfessionellen, ja ökumenischen Zusammenarbeit von Christinnen und Christen sowie von Menschen unterschiedlichster Prägungen, Strömungen und Herkunft auf der Basis des Christlichen Menschenbildes hat sich – nach innen wie nach außen – bewährt. Und das ist bis heute die



Faksimile „Berliner Gründungsaufruf“

entscheidende Kraftquelle und Lebensader dieser großen Volkspartei. Die bleibende Herausforderung besteht darin, dass wir gerade in Zeiten neuer weltweiter Krisen, Verwerfungen und Gefährdungen auch in Zukunft nicht nachlassen, uns auf der universalen Grundlage der christlichen Werte – mit Vernunft, Herz und Seele – immer wieder neu, gemeinsam und glaubwürdig dieser, unserer politischen Verantwortung zu stellen.

Das „C“ im Parteinamen ist und bleibt dabei der unverzichtbare Kompass, bleibt die entscheidende Orientierung, demütige Selbstverpflichtung und der „Stachel im Fleisch“ (Richard von Weizsäcker) unserer Partei. Solange dieses „C“ lebt und glaubwürdig gepflegt wird, solange wird die Union auch immer wieder neues Vertrauen geschenkt bekommen, wird als große versöhnende und Brücken bauende Volkspartei erfolgreich sein und Bestand haben.

Hermann Ehlers hat ansonsten alles Nötige und Wesentliche zum Gründungsgeburtstag einmal wie folgt auf den Punkt gebracht: „Jeder mag zur Kenntnis nehmen, dass uns an der Abstempelung einer Politik, einer Partei, (...) als ‚christlich‘ gar nichts liegt, sondern dass es ausschließlich darauf ankommt, dass die Menschen, die in ihnen tätig sind, den Ruf und das Gebot Gottes für diese ihre spezielle Verantwortung hören und ernst nehmen.“

In diesem Sinne: Prost, Vivat und herzlichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag!



# *Verständigung als Friedensstrategie: Religiöser Dialog im Irak*

*David Müller*

Seit fast sieben Jahren engagiere ich mich im Auftrag der Sojcos-stiftung für die Rechte religiöser Minderheiten im Irak. Meine Arbeit umfasst regelmäßige Reisen in die Region, intensive Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren und Advocacy-Arbeit in der deutschen Politik. Ziel ist es, die Bedeutung des Irak als Schlüsselregion für Stabilität und Frieden ins Bewusstsein zu rücken und konkrete Lösungsansätze zu fördern.

## **DER IRAK: EIN LAND VOLLER HERAUSFORDERUNGEN UND POTENZIALE**

Der Irak steht exemplarisch für die Herausforderungen und Potenziale einer multireligiösen Gesellschaft. Mit seinen 43 Millionen Einwohnern ist er geprägt von religiöser und ethnischer Vielfalt: Schiiten, Sunniten, Christen, Jesiden und Mandäer sind Teil des gesellschaftlichen Gefüges. Doch Jahrzehnte der Instabilität – vom Saddam-Regime über die US-Invasion bis zum Terror des sogenannten Islamischen Staates – haben die staatlichen Strukturen geschwächt und Misstrauen sowie Konflikte zwischen religiösen Gruppen verstärkt.

### **Religiöse Minderheiten in Gefahr**

Besonders hart trifft es die religiösen Minderheiten: Die christliche Bevölkerung ist von 1,5 Millionen auf 250.000 geschrumpft, Jesiden kämpfen weiterhin mit den Folgen des Genozids und viele leben in Camps. Ihre Perspektiven sind düster. Oft fehlt es an Schutz, Anerkennung und den Möglichkeiten, ein Leben

in Sicherheit und Würde zu führen. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind nicht nur humanitär erschütternd, sondern haben auch politische und sicherheitspolitische Konsequenzen.

## **WARUM DER IRAK FÜR DEUTSCHLAND WICHTIG IST**

Die Entwicklungen im Irak haben weitreichende Konsequenzen – nicht nur für die Region, sondern auch für Europa. Der Irak ist ein zentraler Akteur im Nahen Osten, und seine Stabilität ist entscheidend für die Eindämmung von Konflikten. Instabile Verhältnisse und schwache staatliche Strukturen können Extremisten Raum geben, was sich auf die Sicherheit Europas auswirken kann.

### **Eine Wiege des Christentums**

Darüber hinaus spielt der Irak eine wichtige Rolle für die christlichen Gemeinschaften. Historisch betrachtet gehört er zu den Wiegen des Christentums. Die jahrtausendealte Präsenz christlicher Gemeinschaften dort darf nicht in Vergessenheit geraten. Die kulturellen und religiösen Traditionen dieser Minderheiten bereichern das Erbe der Menschheit.

### **Humanitäre und geopolitische Verantwortung**

Der Irak zeigt, wie eng humanitäre Fragen und geopolitische Interessen miteinander verknüpft sind. Der Schutz von Minderheiten trägt nicht nur zur Wahrung von Menschenrechten bei, sondern stärkt auch die Widerstandsfähigkeit der gesamten Gesellschaft. Eine stabile, pluralistische Gesellschaft bietet

weniger Angriffsfläche für Extremismus und fördert den Frieden in der gesamten Region.

## **WARUM INTERRELIGIÖSER DIALOG ENTSCHEIDEND IST**

Religiöser Dialog ist nicht nur ein Mittel zur Konfliktbewältigung, sondern ein essenzieller Bestandteil einer nachhaltigen Friedensstrategie. Im Irak, wo religiöse Identitäten tief in den Alltag und die gesellschaftlichen Strukturen verwoben sind, hat der interreligiöse Dialog das Potenzial, nicht nur die Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern auch die Grundlagen für eine gemeinsame Zukunft zu legen.

### **Vertrauen als Ausgangspunkt**

Einer der wichtigsten Aspekte des Dialogs ist der Aufbau von Vertrauen zwischen Gemeinschaften, die durch Jahrzehnte der Gewalt und des Misstrauens voneinander entfremdet wurden. Im Irak haben viele religiöse Gruppen traumatische Erfahrungen gemacht: Völkermorde, Vertreibungen und die Zerstörung ihrer Kulturstätten prägen ihre Geschichte. Der Dialog bietet ihnen einen geschützten Raum, in dem sie ihre Sorgen und Hoffnungen äußern können, ohne Angst vor Verurteilung oder Ablehnung.

Vertrauen entsteht oft in kleinen Schritten: Begegnungen, bei denen Menschen einander zuhören, ihre Geschichten teilen und die Erfahrungen der jeweils anderen Seite verstehen, sind dabei entscheidend. Solche Momente brechen die oft vorherrschenden Stereotype auf und lassen die Teilnehmer Gemeinsamkeiten erkennen, die vorher unvorstellbar schienen.

### **Die Rolle religiöser Führer**

Religiöse Führer spielen im Irak eine zentrale Rolle – nicht nur als geistliche Oberhäupter, sondern auch als Meinungsführer und Multiplikatoren. Ihr Einfluss reicht oft tiefer als der von politischen Institutionen, da sie das Vertrauen ihrer Gemeinschaften genießen und in der Lage sind, moralische Orientierung zu bieten.

Wenn religiöse Führer aktiv in den Dialog eingebunden werden, können sie Spannungen entschärfen und den Weg für Versöhnung ebnen. Sie haben die Fähigkeit, in ihren Gemeinden den Respekt für andere Religionen zu fördern und den Grundstein für eine Kultur des friedlichen Zusammenlebens zu legen.

### **Heilung durch Versöhnung**

Ein weiterer zentraler Wert des interreligiösen Dialogs ist seine Fähigkeit, Versöhnung und Heilung zu fördern. Nach den Gräueltaten des sogenannten Islamischen Staates und Jahrzehnten religiöser Diskriminierung haben viele Gemeinschaften im Irak tiefe Wunden erlitten. Diese Wunden können nicht allein durch politische Reformen geheilt werden – sie erfordern einen Prozess des Verzeihens, des Verstehens und der gegenseitigen Anerkennung.

Interreligiöser Dialog schafft Räume, in denen diese Prozesse beginnen können. Praktische Beispiele hierfür sind lokale Friedensgespräche, bei denen Vertreter verfeindeter Gruppen nicht nur reden, sondern auch gemeinsame Projekte planen. Der Wiederaufbau zerstörter Dörfer oder die Organisation von Hilfsprogrammen für Bedürftige schafft nicht nur praktische Lösungen, sondern auch ein Gefühl der Zusammenarbeit und Solidarität.

### **Prävention von Extremismus**

Ein wichtiger Aspekt des interreligiösen Dialogs ist seine präventive Wirkung gegen Radikalisierung. Viele Konflikte im Irak wurzeln in der Wahrnehmung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Jugendliche, die das Gefühl haben, dass ihre

Gemeinschaften keinen Platz in der Gesellschaft haben, sind besonders anfällig für die Ideologien extremistischer Gruppen.

Der Dialog bietet einen alternativen Weg: Er betont gemeinsame Werte wie Gerechtigkeit, Frieden und Respekt. Bildungsinitiativen, die junge Menschen verschiedener religiöser Hintergründe zusammenbringen, spielen hier eine entscheidende Rolle. Indem sie lernen, ihre Differenzen zu respektieren und konstruktiv mit Konflikten umzugehen, werden sie zu Botschaftern des Friedens in ihren eigenen Gemeinschaften.

### **Soziale Kohäsion und wirtschaftliche Stabilität**

Religiöser Dialog trägt nicht nur zur Heilung von Wunden und zur Prävention von Gewalt bei, sondern stärkt auch die soziale Kohäsion. In einer Gesellschaft wie dem Irak, die von tiefen ethnischen und religiösen Spaltungen geprägt ist, ist dieser Zusammenhalt ein entscheidender Faktor für langfristige Stabilität.

Wenn Gemeinschaften erkennen, dass ihre Zukunft miteinander verflochten ist, wächst die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen. Dies gilt nicht nur für kulturelle oder soziale Fragen, sondern auch für wirtschaftliche Projekte. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit von Bauern unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeiten bei der Nutzung gemeinsamer Ressourcen, wie Wasser oder Land. Solche Kooperationen schaffen nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern fördern auch ein neues Bewusstsein für die Abhängigkeit voneinander.

### **Internationale Impulse durch den Dialog**

Die Bedeutung des interreligiösen Dialogs im Irak hat auch eine globale Dimension. Der Irak ist eine Schlüsselregion im Nahen Osten, und seine Stabilität hat weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Region. Erfolgreiche Dialoginitiativen im Irak könnten als Modell für andere konfliktbeladene Länder dienen.

Internationale Organisationen und Länder wie Deutschland spielen hierbei eine wichtige Rolle. Durch die Unterstützung von Projekten vor Ort, die Bereitstellung von Expertise und die diplomatische Förderung des Dialogs kann die internationale Gemeinschaft dazu beitragen, den Irak auf seinem Weg zu einer stabileren und friedlicheren Gesellschaft zu begleiten.

### **Dialog als langfristige Investition**

Der Wert des interreligiösen Dialogs liegt auch in seiner langfristigen Perspektive. Während politische Reformen oft an kurzfristigen Zielen scheitern, schafft der Dialog eine Grundlage für nachhaltigen Frieden. Es ist ein Prozess, der Geduld und Entschlossenheit erfordert, aber langfristig tiefe Veränderungen bewirken kann.

Jeder erfolgreiche Dialog, jede Brücke, die zwischen Gemeinschaften gebaut wird, trägt dazu bei, das Fundament für eine gerechtere und stabilere Gesellschaft zu stärken. Religiöser Dialog ist kein einfacher oder schneller Weg, aber er ist ein notwendiger – nicht nur für den Irak, sondern für alle Regionen, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind.

## **ERFOLGREICHE BEISPIELE AUS DER PRAXIS**

Mehrere Initiativen zeigen, wie fruchtbar dieser Ansatz sein kann.

- **Iraq Religious Freedom and Anti-Discrimination Roundtable (IRFAR):** Dieses Projekt fördert Religionsfreiheit und Versöhnung durch Workshops und Trainings für den Schutz von Minderheiten. Es stärkt lokale Gemeinschaften und trägt zu einer breiteren Anerkennung religiöser Freiheit bei.
- **Progress in Peace (PiP):** Interreligiöse und interkulturelle Trainings bringen junge Führungspersönlichkeiten zusammen

und legen so die Grundlage für langfristige Beziehungen und gegenseitigen Respekt.

- Europäisches Institut für Dialog und Entwicklung (EIDE): Mit Unterstützung europäischer Experten erarbeitete dieses Institut eine nationale Dialogstrategie, die auch von der irakischen Regierung aktiv unterstützt wird.

### **Perspektiven für die Zukunft**

Diese Initiativen zeigen, dass interreligiöser Dialog mehr als theoretisch ist – er führt zu messbaren Erfolgen und stabilisiert ganze Gemeinschaften. Die langfristigen Erfolge hängen jedoch von einer kontinuierlichen Unterstützung und einer stärkeren Einbindung internationaler Partner ab.

## **DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG UND DIE ROLLE DER CDU/CSU**

Deutschland hat als globaler Akteur eine besondere Verantwortung, Werte wie Menschenwürde, Religionsfreiheit und Frieden weltweit zu fördern. Im Nahen Osten, einer Region mit tiefen religiösen und ethnischen Spannungen, hat Deutschland durch seine historische Erfahrung und seine außenpolitische Glaubwürdigkeit die Möglichkeit, eine Schlüsselrolle einzunehmen.

### **Deutschland als glaubwürdiger Vermittler**

Deutschland genießt im Nahen Osten einen Ruf als neutraler und vertrauenswürdiger Partner. Anders als viele andere Staaten hat es keine koloniale Vergangenheit in der Region und wird daher weniger als parteiisch wahrgenommen. Dieser Vorteil kann genutzt werden, um Brücken zu bauen und den Irak bei der Stabilisierung seiner gesellschaftlichen und politischen Strukturen zu unterstützen.

Die deutsche Geschichte – insbesondere die Erfahrung von Wiederaufbau und Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg – bietet wertvolle Einblicke, wie Heilungsprozesse gestaltet und langanhaltende Konflikte überwunden werden können. Dieses Wissen ist für den Irak besonders relevant, wo jahrzehntelange Gewalt tiefe Spuren hinterlassen hat.

### **Christliche Werte als Fundament**

Die CDU/CSU ist durch ihre christlichen Werte und ihre klare Ausrichtung auf Menschenrechte und Religionsfreiheit besonders geeignet, sich für Frieden und Dialog einzusetzen. Werte wie Solidarität, Nächstenliebe und Respekt für die Würde jedes Einzelnen bilden eine starke Grundlage, um sich für die Belange von Minderheiten einzusetzen.

Besonders im Irak, wo Religion eine zentrale Rolle in der Gesellschaft spielt, können diese Prinzipien als verbindendes Element wirken. Die CDU/CSU hat die Möglichkeit, sowohl mit religiösen als auch mit politischen Akteuren glaubwürdig zu agieren und Vertrauen aufzubauen.

### **Politische und gesellschaftliche Möglichkeiten**

Die CDU/CSU kann ihre politischen Netzwerke und ihre Erfahrung in der internationalen Zusammenarbeit nutzen, um die Lage im Irak positiv zu beeinflussen. Dazu gehören:

1. Förderung von Dialogprojekten: Die Unterstützung bestehender und neuer Initiativen für interreligiösen Dialog ist entscheidend, um Vertrauen zwischen den verschiedenen

Gemeinschaften im Irak aufzubauen. Die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) oder kirchlichen Netzwerken kann dabei eine Schlüsselrolle spielen.

2. Berichterstattung und Bewusstseinsbildung: Regelmäßige Berichte über die Situation religiöser Minderheiten im Irak können dazu beitragen, das Thema in den Fokus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit zu rücken.
3. Delegationsreisen: Delegationsreisen in den Irak bieten die Möglichkeit, den Dialog vor Ort zu stärken und direkte Beziehungen zu politischen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufzubauen. Solche Besuche ermöglichen es, die komplexe Realität des Irak besser zu verstehen und die Dringlichkeit von Maßnahmen deutlich zu machen. Sie schaffen Vertrauen und geben den Betroffenen vor Ort eine Stimme in der internationalen Diskussion.

### **Verantwortung für den Schutz der Menschenwürde**

Die Förderung von Religionsfreiheit und der Schutz religiöser Minderheiten sind nicht nur moralische Verpflichtungen, sondern auch eine politische Notwendigkeit. Der Irak ist ein Schlüssel-land im Nahen Osten, und seine Stabilität hat direkte Auswirkungen auf die gesamte Region. Die CDU/CSU kann dazu beitragen, dass diese Stabilität nicht durch kurzfristige Lösungen, sondern durch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen erreicht wird.

Ein Impuls für die internationale Gemeinschaft

Indem sich die CDU/CSU aktiv für Frieden und interreligiösen Dialog einsetzt, kann sie auch einen Impuls für andere Staaten und internationale Organisationen geben. Das Engagement Deutschlands könnte Vorbildcharakter haben und andere Akteure dazu inspirieren, sich ebenfalls für den Schutz der Menschenwürde im Irak einzusetzen.

## **EIN APPELL FÜR EINE GEMEINSAME VISION**

Die Förderung des religiösen Dialogs ist nicht nur eine Strategie, sondern eine moralische Verpflichtung. Sie setzt ein Zeichen für Menschlichkeit, Toleranz und die Achtung der Menschenrechte. Durch die Unterstützung und Ausweitung von Initiativen im Irak kann Deutschland dazu beitragen, dass Verständigung und Versöhnung zu einer gelebten Realität werden – und nicht nur eine Vision bleiben.

Es liegt an uns allen, diesen Weg aktiv zu begleiten. Gemeinsam können wir eine Welt gestalten, in der Frieden und Sicherheit für alle möglich sind.

**Aktuelle Einblicke in die Situation im Irak unter:**  
[www.ojcos-stiftung.de/irak](http://www.ojcos-stiftung.de/irak)



*David Müller*

ist stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender und EAK-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg.

## Der EAK auf dem 39. DEKT in Hannover (Teil 2)

### Was verbindet Kirche und Politik?

**Linnemann: „Politik und Religion. Das ist nicht immer spannungsfrei, aber immer spannend.“**

Auf dem traditionellen, großen EAK-Kirchentagsempfang anlässlich der Eröffnung des 39. Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) schlug der **CDU-Generalsekretär, Dr. Carsten Linnemann MdB**, zusammen mit den übrigen prominenten Grußwortrednern, der **Kirchentagspräsidentin Anja Siegesmund** und der EKD-Ratsvorsitzenden **Bischöfin Kersten Fehrs**, die Brücke zwischen Kirche und Politik und verwies dabei auch auf die jeweils unterschiedlichen Aufgabebereiche.



Linnemann zitierte beim Kirchenempfang den EAK-Bundesvorsitzenden **Thomas Rachel MdB** zum Wert des „Christlichen“ in und für die Union und gab ein klares Bekenntnis zum ‚C‘ ab: „Das ‚C‘ ist die Klammer. Es sorgt dafür, dass das Liberale menschlich bleibt, dass das Soziale nicht sozialistisch wird und dass das Konservative nie in eine Blut- und Boden-Ideologie abgeleitet. Das ist CDU pur.“

Das ‚C‘ gebe Halt und Orientierung, so Linnemann. „Unser Bezugspunkt ist das christliche Menschenbild: Wir nehmen die Menschen so, wie sie sind. Und wir wissen, dass wir als Menschen immer nur die vorletzte Antwort geben können“, bekräftigt Linnemann. „Das lässt uns auf Höheres vertrauen. Das gibt uns die Leichtigkeit, gute Entscheidungen zu treffen. Und deshalb bin ich froh, in dieser Partei zu sein. Sie ist die letzte Kraft, die unsere Gesellschaft stärken kann.“ Es gehe dabei auch nie nur um Einzelinteressen: „Wir sehen alle Bevölkerungsgruppen.“



**Linnemann** verwies überdies auf die gegenwärtigen „Fliehkräfte in unserer Gesellschaft“. Die Gesellschaft sei „gereizter, polarisierter und Ich-bezogener“ geworden, sagte er. Das zeige sich im direkten Umgang, in Parlamenten und in den Medien – ganz besonders im Umgang auf social-Media-Plattformen wie X, Facebook, TikTok & Co. Der CDU-General mahnte angesichts dessen zu christlicher Besonnenheit: „Wir müssen die Gesellschaft wieder beruhigen.“ Die Politik müsse Halt und Richtung geben. Der Auftrag: „Wir versuchen für die Menschen Politik zu machen.“

Politik komme aber auch an ihre Grenzen, stellte Linnemann fest. „Wir können noch so viele Programme auflegen. Wir können noch so viel Geld verteilen. Wenn die innere Haltung oder die Werte nicht stimmen, drohen alle politischen Anstrengungen zu verpuffen.“ Politik könne und müsse die Grundwerte verteidigen, die unser Zusammenleben bestimmen. Es brauche dabei auch nicht zuletzt die richtige Haltung, um gute Ergebnisse und ein gutes Miteinander zu finden. „Das kann man nicht in Gesetze fassen.“

Der CDU-Generalsekretär verwies auf die Chancen der Kirchen in dieser Aufgabe: „Es braucht Instanzen, die Werte vermitteln, Halt und Orientierung geben. Das sind für mich die Kirchen. Und das sind unsere Familien.“ Früher waren sie der Ort, an dem Werte gelebt und vermittelt wurden. Aber Familien und Zusammenleben haben sich verändert. Das moderne Leben ist rastloser und anonym. Religion wird zu Hause oft nicht mehr gelebt.

Kirchen könnten dagegen Halt geben, so Linnemann. „Genau hier liegen die Chance und die Aufgabe unserer Kirchen, ob evangelisch oder katholisch.“ Politik kann Religion nicht

ersetzen. Und umgekehrt geht es auch nicht. Kirchen können „diesem Land etwas vermitteln, was wir Politiker niemals vermitteln können: Den Glauben an etwas Größeres, das Hoffnung und Zuversicht gibt, auch über das irdische Leben hinaus. Wir sollten unsere Rollen verstehen. Und selbstverständlich müssen wir miteinander reden.“

Halt, Werte und Orientierung – „am Ende des Tages braucht es Institutionen, die diese Werte vermitteln. Es braucht die Kirchen.“ Die CDU will den Dialog sehr gerne führen, betonte der CDU-Generalsekretär abschließend. Der Evangelische Arbeitskreis sei hierfür eine wichtige Vereinigung innerhalb der Union.

### Philipp Amthor: Mit christlichen Werten das Miteinander stärken

Auch **Philipp Amthor MdB** bekräftigte am **Gemeinschaftsstand von EAK und CDU auf dem „Markt der Möglichkeiten“ des 39. DEKT** die Bedeutung des ‚C‘ für christdemokratische Politik. Das ‚C‘ stehe für Zusammenführen, für das Miteinander. Amthor bekräftigte dabei auch die notwendige Abgrenzung zur AfD. „Wir dürfen mit Blick auf das Erstarken der politischen Ränder nicht in Schockstarre verfallen“, forderte Amthor. Die demokratische Politik der Mitte müsse vielmehr zeigen, „was uns ausmacht“. Amthor forderte dazu auch „Selbstbewusstsein und nicht Verzagtheit im Umgang mit den politischen Rändern“.

Amthor antwortete auch auf Fragen der Zuhörer am EAK-Stand: „Wir müssen unsere eigenen Überzeugungen der richtigen Politik durchsetzen. Verbotsfahren ersetzen nicht die nötigen politischen Auseinandersetzungen.“ Amthor bekräftigte auch:

„Die kirchliche Botschaft ist politisch. Doch die Meinungsfreiheit gilt für beide Seiten.“ Kirchen dürfen sich politisch äußern, sollten aber die Vielfalt ihrer Gläubigen dabei immer im Blick behalten. Die Kirchen müssen annehmen, dass auch gegen ihre Forderungen argumentiert wird. Dazu warnt Amthor vor einem gleichsam selektiven Glauben, „von Politikern, die nur dann vom Glauben reden, wenn es ihnen passt“. Man könne



nicht einerseits bei Migration den Glauben ins Spiel bringen und andererseits beim Lebensschutz davon Abstand nehmen.

„Das ‚C‘ ist nicht tagespolitisches Instrument, sondern Basis unserer Politik“, bekräftigte Amthor beim EAK. „Die Würde des Menschen und das christliche Menschenbild sind für uns unumstößlich.“ Immer!

### Die Gesellschaft braucht Haltung und Handeln: mutig, stark, beherzt

Was braucht es, um den Frieden dauerhaft zu sichern? Hilft Aufrüstung – oder schadet sie sogar. Auf dem Kirchentag diskutierten dazu der CDU-Politiker **Roderich Kiesewetter MdB** und der Militärgeschichtler **Prof. Dr. Sönke Neitzel** am Stand von CDU und EAK.

„Wir müssen uns Haltung leisten: mutig, stark und beherzt.“ Das forderte Roderich Kiesewetter. Angesichts der Bedrohungen durch Russland erwarteten die Menschen ein starkes Deutschland als starke Stütze in einem Europa „von Frieden und Freiheit und Selbstbestimmung“.

Fakt ist: Die längste Friedensperiode in Deutschland ist in Gefahr. Sönke Neitzel hält schnelle Aufrüstung für sinnvoll. Denn Reformen dauern. „Auch die Bundeswehr hat immer 20 Jahre gebraucht, um einen neuen Standard zu erreichen.“ Neitzel sieht das als notwendigen Zeitrahmen. An die Politik





gerichtet mahnte er deshalb konsequentes Handeln an: „Jeden Reformschritt, den wir jetzt nicht gehen, werden wir im Ernstfall mit dem Blut unserer Soldaten erkaufen. Ich sage den Politikern: Ihr tragt die Verantwortung.“

Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter warnte vor allem auch vor der revisionistischen Politik Putins, der Grenzen und Unabhängigkeiten nicht akzeptiert. „Deshalb müssen wir uns auf zwei Jahre einstellen, um wieder kriegstüchtig zu sein. Wir sollten ruhig sein, aber aufrichtig und wehrhaft.“ Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gehe nur mit „nie wieder wehrlos – heißt: wenn wir verteidigungsbereit sind“.

Frieden beinhaltet immer auch Gerechtigkeit und die Würde des Menschen, stellte Kiesewetter fest. „Frieden ist immer konkret.“ Jesus hat sich für die Menschen geopfert. „Das heißt aber nicht, dass wir uns selbst zum Opfer machen sollen.“ Vielmehr gelte: „Frieden, Freiheit und Demokratie beruht auf

Engagement.“ Er äußerte aber auch seine Vision, dass Russland wieder integrativer Teil Europas wird. „Und dafür lohnt es sich zu arbeiten“, so Kiesewetter.

Der EAK vertrat die Unionsparteien auf dem Messegelände des 39. DEKT wieder auf erfolgreiche Weise und stellte sich in intensiven Gesprächen mit Hunderten von Besucherinnen und Besuchern den drängenden politischen Fragen und Anfragen. Auch das ist Kirchentag: Im direkten Gespräch und nah bei den Menschen!

Weitere prominente Gäste am EAK-Stand waren **Alt-Bundespräsident Christian Wulff** und **Bundestagspräsidentin Julia Klöckner**, **Diakoniepräsident Rüdiger Schuch**, **EKD-Militärbischof Dr. Bernhard Felmborg** und der frühere Kirchentagspräsident und **Bundesminister a.D., Dr. Thomas de Maizière**.

*Jens-Uwe Kerl/Christian Meißner*





## Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

## Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz, Barbara Becker, Dr. Burkhard Budde, Christine Lieberknecht, David Müller

## Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

## Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

## Autoren

Thomas Rachel MdB  
Marko Martin/Dr. Joachim Klose  
David Müller  
Jens-Uwe Kerl  
Christian Meißner

## Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

## Fotonachweis

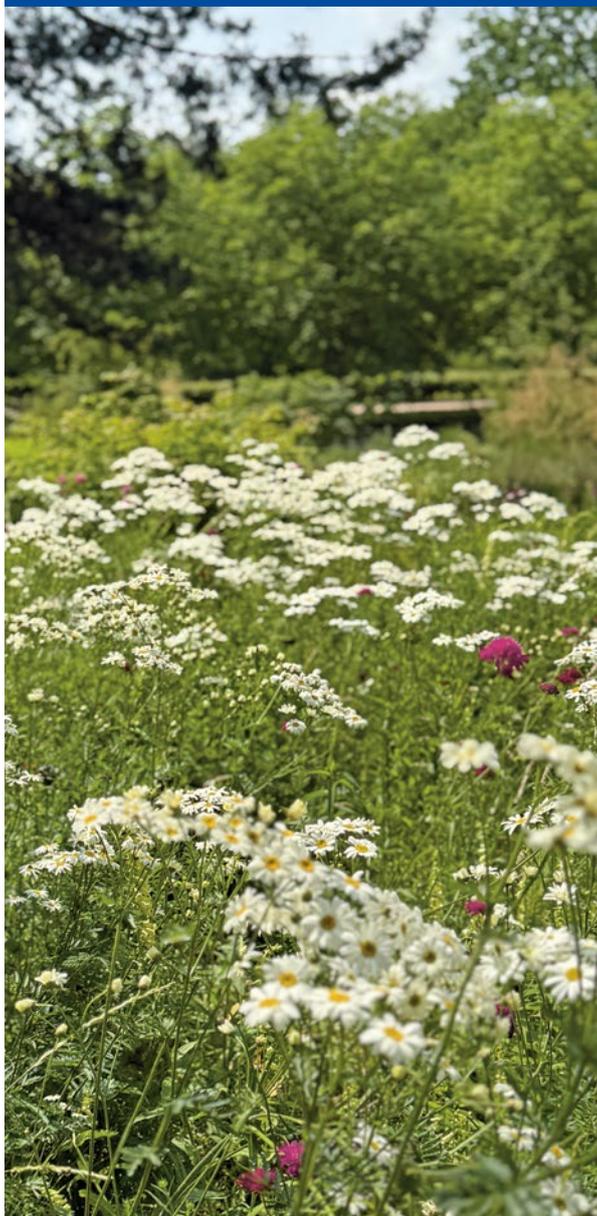
Titelbild © epd-bild/Christian Ditsch  
S. 2 © Vatican Media  
S. 3 © epd-bild/Andreas Schoelzel  
S. 11 © Martin/Dr. Klose  
S. 12 © EAK/Meißner  
S. 13 + 15 © David Müller  
S. 14 + 15 © EAK/Jens Schicke  
S. 16 © EAK/Jens Schicke  
S. 17 © EAK/Meißner und Schicke  
S. 18 © EAK/Schicke, Meißner, Schicke  
S. 19 + 20 © EAK/Meißner

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.  
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



# Meditation



*„Und ihr seid in der Liebe eingewurzelt und gegründet, (...) damit ihr auch die Liebe Christi erkennen könnt, die alle Erkenntnis übertrifft, damit ihr erfüllt werdet, bis ihr die ganze Fülle Gottes erlangt habt.“ (Epheser 3, 17b + 19)*

Es ist diese Liebe Gottes, die sich uns in Jesus von Nazareth gezeigt hat, unüberwindbar, universal und ewiggütig, die uns allein in die rechte Nachfolge bringt und uns wahrhaft zu Christen macht. Und sonst gar nichts! Keine Weisheit, kein Wissen, kein Geld, keine Macht und keine Erkenntnis sind höher als diese Liebe, die uns in Gottes einzigem Sohn offenbar geworden ist – weder im Himmel noch auf Erden.

Es ist das ewige und tragische Faustische Missverständnis, Sinn und Glück unseres menschlichen Daseins in den Untiefen irdischer Nichtigkeiten, in selbstverliebten Eitelkeiten oder seelenlosen Leidenschaften zu suchen, statt uns allein in diese Liebe Gottes zu bergen und sie in unserem Leben immer tiefer Wurzeln schlagen zu lassen.

Das wahre „Verweile doch! Du bist so schön!“ findet deshalb jederzeit und überall dort statt, wo wir uns im Geiste dieser selbstlosen und gekreuzigten Liebe einander vorbehaltlos zuwenden, wo wir einander wirklich zu erkennen trachten und begreifen, dass wir letztlich alle Kinder Gottes sind, Brüder und Schwestern.

Die Fülle des Lebens zu haben, gelingt allein im Modus dieser Liebe Gottes. Und deshalb hat auch hier Augustinus recht, wenn er empfiehlt, sich in allem Denken, Tun und Trachten von dieser Liebe leiten zu lassen: „Dilige, et quod vis fac!“ („Liebe, und was du willst, tu!“).

*Pastor Christian Meißner, EAK-Bundesgeschäftsführer*